

Proteste begleiten Agrargesetz

Die schwarz-grüne
Regierung zieht
einen Schlussstrich.
Opposition und
Agrarier schäumen.

Innsbruck – Nur drei Tage nach Ende der Begutachtungsfrist hat die Landesregierung das Gesetz zur Lösung der Agrargemeinschaftsfrage beschlossen. 61 Änderungen wurden vorgenommen, doch an den wesentlichen Punkten hat sich nichts geändert. Vor allem die Landwirtschaftskammer forderte zuletzt nicht nur eine historische Eigentumsprüfung des Gemeindeguts, sondern auch die Abgeltung der Wertsteigerungen in der Holzbewirtschaftung. Kammerchef Josef Hechenberger nimmt den Beschluss so zur Kenntnis, der Unmut unter Agrariern und im VP-Bauernbund ist jedoch groß. „Wenn sie den Krieg haben wollen, sollen sie ihn haben“, posaunte Plattform-Agrar-Obmann Danzl. Bauernbundobmann LHStv. Geisler ist überzeugt, dass die sechs Bauernbundmandatäre im Mai-Landtag für das Gesetz stimmen werden. SPÖ, Liste Fritz, FPÖ und Vorwärts kritisieren den Schnellschuss. (pn)